

VERNUNFTKRAFT.

Bundesinitiative für **vernünftige** Energiepolitik.



POSITIONEN

für mehr Weitsicht
zum Wohl von
Mensch und **Natur**

Stand: 15. Juli 2014

I.

Die gegenwärtige Energiepolitik weist bezüglich Rationalität und Effizienz Defizite auf. Sie läuft dem Gemeinwohl zuwider. Ihre Resultate sind unvernünftig. Daher möchten wir der Vernunft Kraft geben.

Unsere Ziele

Wir möchten eine Energiepolitik, die

- das Wohlergehen der Menschen
- die Schonung von Natur und Lebensraum
- den Erhalt der wirtschaftlichen Basis

in den Mittelpunkt rückt.

Wir möchten eine Energiepolitik, die sich auf

- nüchterne und exakte Analysen
- unabhängigen Expertenrat
- die Anerkennung naturwissenschaftlicher Fakten und ökonomischer Zusammenhänge
- die Prinzipien des Realismus und Pluralismus

stützt.

Unsere Forderungen

- Berücksichtigung von Belangen des Landschafts- und Naturschutzes bei der Standortwahl für Industrieanlagen. Keine Sonderrechte für Windkraft und Photovoltaik.
- Berücksichtigung und intensive Erforschung der Auswirkungen industrieller Windkraftanlagen auf den Menschen. Anpassung von Abstandsregeln an neue Erkenntnisse und Anlagengrößen.
- Europäische Harmonisierung der Erneuerbare-Energien-Politik mit Augenmaß und Vertiefung des europäischen Energiebinnenmarktes.
- Abkehr von ineffizienten und damit umweltschädlichen Insellösungen.
- Technologieneutralität - faire Chancen für echte technologische Durchbrüche.

Konkret heißt das

- Abschaffung des Erneuerbare Energien Gesetzes.
- Moratorium des subventionierten Ausbaus unsteter Energiequellen wie Windkraft und Photovoltaik.
- Fokussierung gesellschaftlicher Ressourcen auf Forschung und Einsparung.
- Abstimmung mit Partnerländern innerhalb eines kohärenten und marktwirtschaftlich organisierten europäischen Rahmens.

Warum fordern wir das?

Die aktuelle Energiepolitik richtet sich zu sehr nach Ideologie und politischen Opportunitäten. Wir vermissen eine faktenbasierte Diskussion und Ehrlichkeit in den Aussagen. Blinde Euphorie, Einflüsterungen von Lobbyisten und Autosuggestion sind dafür kein Ersatz und der politischen Willensbildung in Deutschland nicht würdig.

Planungen, die technologische Entwicklungspfade auf Jahrzehnte hinaus prognostizieren und mit massiven Subventionen beeinflussen wollen, sind verfehlt. Indem die Politik einseitig auf etablierte und politisch gut vertretene Technologien setzt, wiederholt sie Fehler der Vergangenheit.

Grund für die schon jetzt absehbaren Irrtümer ist eine Anmaßung von Wissen und die konsequente Unterschätzung menschlicher Intelligenz. Das Potenzial des technologischen Fortschritts, die Entwicklungen in fast allen anderen Ländern der Erde und die Möglichkeit neuen Wissens um Risiken bestimmter Technologien werden gegenwärtig ausgeblendet.ⁱ

Die eindeutigen Empfehlungen seitens vom Bundestag beauftragter Experten werden in den Wind geschlagen.ⁱⁱ Stattdessen werden auf Basis eines jetzt gegebenen Standes von Technologie und Wissen Weichenstellungen für Jahrzehnte vorgenommen.

Wir halten das für fahrlässig. Wir sind nicht bereit, unser Bedürfnis nach intakter Natur und unverbauter Landschaft hinten anzustellen, um einer wissenschaftlich nicht fundierten und schlecht begründeten Politik den Anschein einer Erfolgchance zu erhalten.

Traditionell bewegt sich die Energiepolitik im Zieldreieck aus

- Versorgungssicherheit
- Umweltverträglichkeit
- Wirtschaftlichkeit

In allen drei Dimensionen dieses Zielsystems sind in den letzten Jahren eindeutige Verschlechterungen zu konstatieren.

Wir sind nicht bereit, aufgrund einer interessengeleiteten Interpretation des Kriteriums „Umweltverträglichkeit“ die Zerstörung unserer Heimat in Kauf zu nehmen.

Als mündige und vernunftbegabte Bürger verwahren wir uns gegen die infantile Einteilung in „gute“ grüne und „böse“ konventionelle Formen der Energieerzeugung.

Als mündige und vernunftbegabte Bürger wissen wir, dass die Welt bunt ist und verengte Sichtweisen weder sachgerecht noch zielführend sind.

Wir wissen, dass Strom weder grün noch gelb ist und dass der Begriff „Ökostrom“ nur ein Ausdruck von Marketingstrategen ist. Der einzige ökologisch unbedenkliche Strom ist der, der nicht produziert wird. Wir sind nicht bereit, für die Produktion von vermeintlichem „Ökostrom“ immer höhere Preise zu zahlen.

Bei den unter dem Schlagwort „Energiewende“ eingeleiteten Maßnahmen **kommen Mensch und Natur eindeutig zu kurz**. Dank eines Subventionssystems, bei dem Maß und Ziel völlig abhanden gekommen sind, werden immer mehr Industrieanlagen in die Lebensräume von Mensch und Tier gesetzt.

Die Errungenschaften jahrzehntelanger Bemühungen um den Schutz von Natur und Landschaft werden handstreichartig zunichte gemacht. Umweltpolitiker, die eigentlich Anwälte des Naturschutzgedankens sein müssten, werden ihrer Verantwortung nicht gerecht und befördern die Industrialisierung unserer Umwelt und Lebensräume.

In blinder Euphorie und Unkenntnis des Konzepts der Nachhaltigkeit versteigen sich mit dem Umweltschutz betraute Landespolitiker gar zu der Aussage „*dass nachhaltige Energieerzeugung Vorrang vor Naturschutz*“ haben müsse. In an Naturschätzen reichen Landkreisen lamentiert man über „*zu viel Natur*“ die die Teilhabe am Subventionsstrom erschwert.ⁱⁱⁱ

Die Energiewende ist Feld der Profilierung und der Einnahmeerzielung von Lokalpolitik und Investoren. Politisches Geltungsbedürfnis und der Wunsch, vermeintliche wirtschaftliche Chancen zu nutzen, sind dominierende Motive einer von der Allgemeinheit zwangsweise bezahlten Investitionstätigkeit.

Unabhängige Experten mahnen, dass die Integrationsfähigkeit des Systems beim rasanten Aufbau von Kapazitäten für nicht grundlastfähigen Strom überhaupt nicht berücksichtigt wird.

„Hier wird zu Lasten des Gemeinwohls das Motto <<je mehr und je schneller desto besser >> verfolgt“,

befinden die Wirtschaftsweisen.^{iv} Dieser Subventionswettbewerb geht nicht nur zu **Lasten des Gemeinwohls**, sondern auch zu **Lasten der Natur**.

Zentrale Triebfeder dieser ökonomisch und ökologisch verheerenden Entwicklung ist das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG). Insbesondere dessen Artikel 29 Absatz 2 setzt Anreize, ungeeignete Technologien an ungeeigneten Orten zu installieren. Hier reichen sich ökonomischer und ökologischer Unsinn die Hand.

Zur Naturzerstörung im Namen eines vorgeblich ökologischen Umbaus sagen wir:

NEIN!

In Kenntnis der Fakten und der technischen, ökonomischen und politischen Zusammenhänge können wir diese Bestandteile des Programms der „Energiewende“ nur als Irrweg erkennen.

II.

Unsere Alternative: Vernünftige Energiepolitik

Die Profiteure des Subventionssystems, das die Naturzerstörung im Namen des „Ökostroms“ ermöglicht, verteidigen ihre Pfründe mit allen Mitteln. Das Gemeinwohl erfordert, diese Partikularinteressen zu überwinden, mahnen die Wirtschaftsweisen.^v Der Politik indes fehlt die Kraft dazu. Stattdessen stellt sie den eingeschlagenen Irrweg als „alternativlos“ dar.

Genau das ist er selbstverständlich nicht.

Bei Lichte betrachtet, stimmt das Gegenteil: Zur raschen und drastischen Kurskorrektur gibt es keine Alternative. Zumindest dann nicht, wenn der Zustand der Natur, die Lebensqualität der Menschen und die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft weiterhin eine Rolle spielen sollen.

Insbesondere die Befürworter des Ausbaus von Windkraftanlagen reagieren auf Kritik reflexhaft mit der Behauptung, zur Windkraft gäbe es keine Alternative. Tatsächlich ist die Windkraft selbst keine Alternative:

Zu einer sicheren Stromversorgung kann sie keinen nennenswerten Beitrag leisten. Maßgeblich sind die geringe Energiedichte und die Zufälligkeit des Windaufkommens. Wollte man nur ein Viertel des gegenwärtigen Strombedarfs mit Windkraft decken, so wäre - auch unter den unrealistisch günstigsten Prämissen des perfekten Netzes und des großtechnischen Einsatzes des Methanisierungsverfahrens - eine flächendeckende Industrialisierung die Konsequenz. Die ökologischen Implikationen sind verheerend.^{vi}

Den von EEG-Profiteuren konstruierten Scheinzusammenhang mit dem Atomausstieg lassen wir als Begründung für eine falsche Politik im Bereich der „erneuerbaren Energien“ nicht gelten.

Unabhängig von der zweifelhaften Art ihres Zustandekommens und unabhängig von unseren individuellen Einstellungen gegenüber dieser Technologie ist die Entscheidung zum Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie für uns ein Fakt.

Es ist jedoch ein für unser Anliegen irrelevanter Fakt. Denn der Ausstieg aus der Kernenergie hat mit der von uns kritisierten Förderpolitik im Bereich der „erneuerbaren Energien“ nichts zu tun.

Die Notwendigkeit, im Bereich der Förderung von sogenannten erneuerbaren Energien den Verstand einzuschalten, ist unabhängig von der Frage des Ausschaltens von Kernkraftwerken.^{vii}

Unser Lösungsansatz

Damit Mensch und Natur wieder in den Mittelpunkt rücken und die Basis unseres Wohlstands gesichert werden kann, brauchen wir einen durchdachten Schritt nach vorn. In Richtung **vernünftige Energiepolitik**.

Die aktuelle „Energiewende“-Politik ist geprägt von einem stimmungsgetriebenen Ausstieg aus einer umstrittenen, aber zuverlässigen und grundlastfähigen Technologie und einem rasanten, subventionsgetriebenen Aufbau von Erzeugungskapazitäten für eine unzuverlässige, da nicht grundlastfähige Stromversorgung.

Nach 20 Jahren Erneuerbare Energien Gesetz sind wir Weltmeister im Installieren von Erzeugungskapazitäten für Photovoltaik. Wir haben zudem, nach USA und China, mit 24.000 Anlagen die größte Kapazität an Windkraft aufgebaut. Was den Anteil alternativer Energien an der Stromerzeugung betrifft, sind wir jedoch europaweit nur im Mittelfeld.

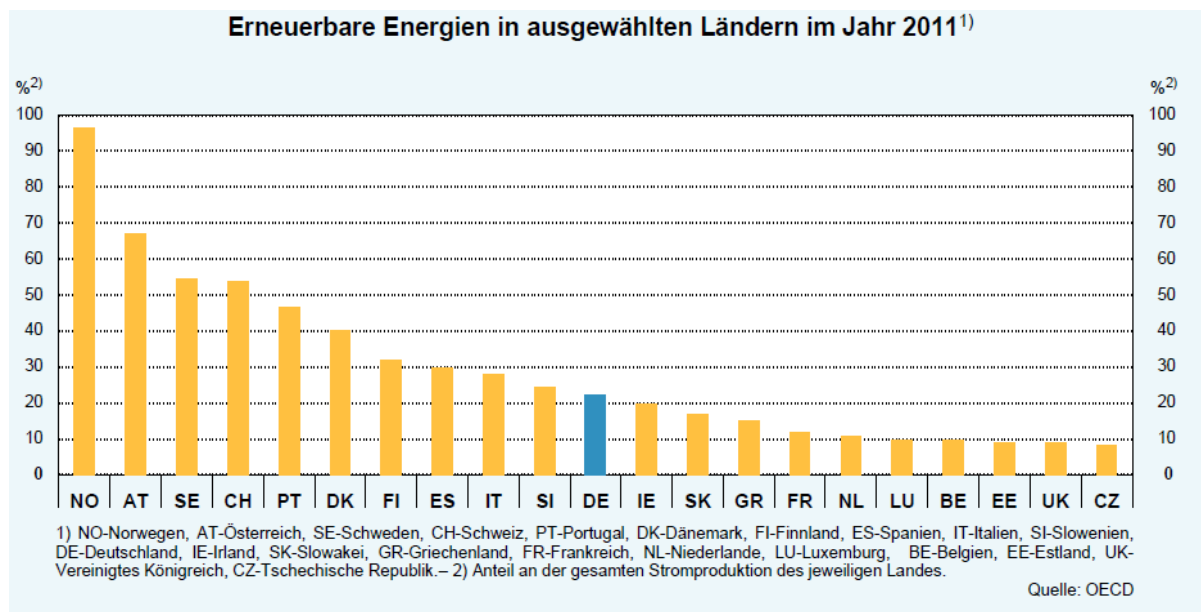


Abb 1.: „Erneuerbare Energien in ausgewählten Ländern im Jahr 2011“. Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2012/13, S. 252.

Gleichzeitig belasten unsere Überkapazitäten die Netze - auch in unseren Nachbarstaaten.

Was den eigentlich relevanten Primärenergieverbrauch betrifft, ist der Beitrag von Windkraft und Photovoltaik – den seitens der Bundesregierung als „kostengünstigste erneuerbare Energien“ und „Eckpfeiler der Energiewende“ bezeichneten Technologien – mit zusammen genau zwei Prozent geradezu lächerlich gering:

Primärenergieverbrauch in Deutschland 2013 (14.005 PJ*)

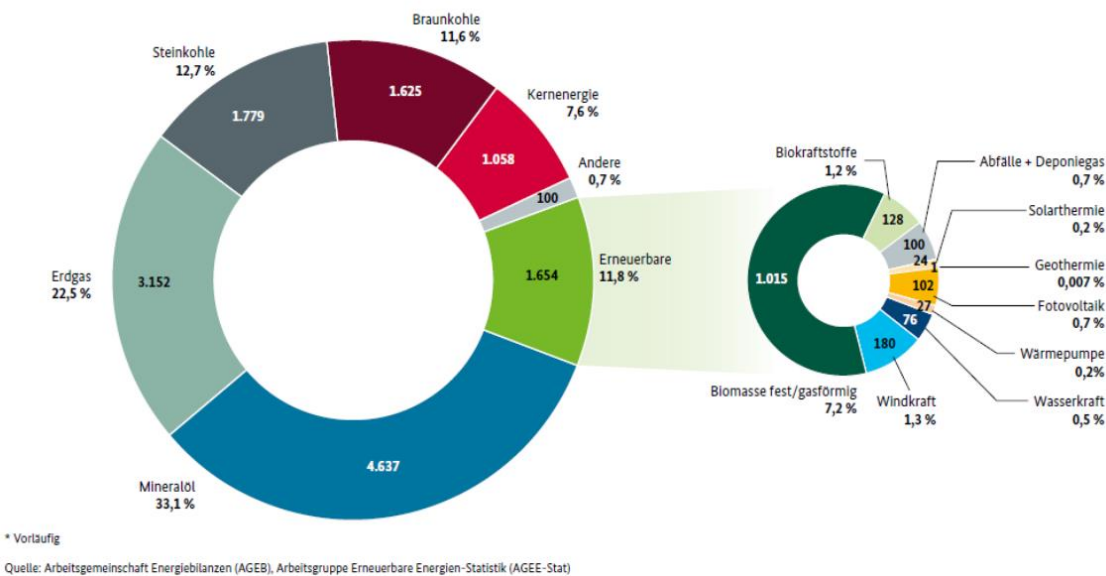


Abb. 2: „Primärenergieverbrauch Deutschland 2013“. Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Die „**Energiewende**“-Politik hat krasse Fehlentwicklungen induziert.

Vernünftige Energiepolitik muss diese Fehlentwicklungen korrigieren und einer wirklich ökologischen, umfassenden Sicht den Weg bereiten. Nicht Prestige, sondern Verantwortung muss dabei das bestimmende Motiv sein.

Das Ersetzen des Prestigegedankens durch das Bekenntnis zur Verantwortung erfordert:

1. Naturgesetzlich bestimmte Realitäten sowie technische Gegebenheiten und ökonomische Zusammenhänge anzuerkennen,
2. sich von der anmaßenden Vorstellung, dass am deutschen Wesen die Welt genesen kann, zu verabschieden,
3. weltverbesserischen Eifer durch Realitätssinn zu ersetzen.

Naturgesetze bedingen, dass wir – trotz weltweit beispielloser Anstrengungen und enormer Erzeugungskapazitäten für Strom aus Wind, Sonne und Biomasse, trotz Abnahmegarantie und Einspeisevorrang – bezüglich des tatsächlichen Beitrags alternativer Energien zur Stromerzeugung nur im europäischen Mittelfeld liegen (siehe Abb. 1). Die Sonne scheint bei uns nun einmal seltener als andernorts. Anstatt diese banale Tatsache anzuerkennen, versucht die Politik, sie mit Subventionen zu bekämpfen.

Technische Gegebenheiten bedingen, dass Windkraft und Photovoltaik generell zur Stromversorgung eines auf sichere und preisgünstige Bereitstellung angewiesenen Industrielandes nur sehr bedingt geeignet sind.

Die Tatsache, dass wetterabhängige, d.h. volatile Quellen nicht zur Deckung der Grundlast beitragen können, darf nicht länger ignoriert werden. Der Verweis auf „irgendwann vielleicht einmal zur Verfügung stehende Speichermöglichkeiten“ wird nicht akzeptiert.^{viii}

Ökonomische Zusammenhänge führen dazu, dass die vorrangige Einspeisung des vermeintlich sauberen Windstroms innerhalb des unverzichtbaren Grundlast-segments die relativ sauberen Gaskraftwerke aus dem Markt drängt und unrentabel macht.^{ix}

Ökonomische Zusammenhänge sorgen ebenfalls dafür, dass unsere im Alleingang betriebene „Energiewende“ für den oft beschworenen Klimaschutz unter dem Strich kontraproduktiv ist.^x

Bei den oft zur Rechtfertigung unseres hastigen Umbaus des Energiesystems herangezogenen CO₂-Emissionen ist die Anerkennung der Realitäten überfällig:

- Unsere Bemühungen, im Stromsektor Einsparungen zu erreichen, sind aufgrund des europäischen Emissionshandelssystems volkswirtschaftlich teuer und **wirkungslos**.
- Wir Deutschen, die wir mit fallender Tendenz aktuell 2,5 % zu den globalen Emissionen beitragen, sind völlig **unbedeutend**.
- Wir sind nicht nur unbedeutend, sondern auch noch relativ **erfolglos**, was die Senkung unserer CO₂- Emissionen betrifft:

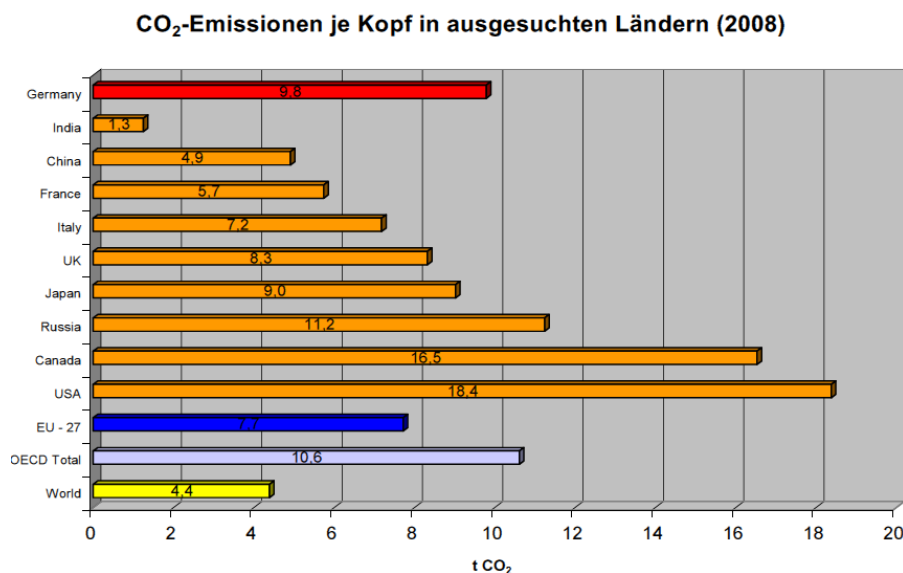


Abb. 3: „CO₂-Emissionen pro Kopf (2008)“, Quelle: Internationale Energie Agentur.

Franzosen, Italiener und Engländer setzen pro Jahr und Kopf deutlich weniger des zum „Klimakiller“ hochstilisierten Gases frei. Der Grund dafür ist u.a. in unserer **einseitigen Fokussierung auf den Stromsektor** zu suchen.

Während „Ökostrom“ Chefsache ist, bleiben im Verkehrssektor Einsparpotenziale ungenutzt. „100% Ökostrom bis übermorgen, aber freie Fahrt mit großem Hubraum“ ist das Motto.

Rational ist dies alles nicht erklärbar. Wir geben uns mit politischem Aktionismus nicht zufrieden, sondern fordern ökonomische und ökologische Rationalität.

Vernünftige Energiepolitik

nimmt auf die Gewinninteressen der vom Subventionsregime begünstigten Branchen, Unternehmen und Investoren keine Rücksicht, sondern stützt sich auf die unabhängige Wissenschaft.

Vernünftige Energiepolitik

sucht die enge Abstimmung mit europäischen Nachbarn. Deutschland ist nicht der Nabel der Welt. Gerade wenn wir uns verantwortlich fühlen, müssen wir Lernfähigkeit beweisen und Borniertheit ablegen. Wenn Deutschland nicht umsteuert, endet das hochstilisierte Projekt „Energiewende“ im ökonomischen und ökologischen Fiasko, das niemandem als Vorbild dient.

Vernünftige Energiepolitik

verfolgt ausschließlich das Ziel, für die Menschen und die Natur Verbesserungen zu erreichen. Es geht nicht darum, Lokalpolitikern, Landverpächtern und Anlagegesellschaften Profilierungs- und Einkommenschancen zu verschaffen.

Vernünftige Energiepolitik

besinnt sich auf das Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit.

Vernünftige Energiepolitik

gibt einen verlässlichen und stringenten gesetzlichen Rahmen vor, innerhalb dessen sich Wettbewerb und damit Kreativität entfalten können.

Vernünftige Energiepolitik

sorgt somit dafür, dass der Energie- und Strombedarf auf die unter Umwelt-, Preis-, und Versorgungssicherheitsaspekten optimale Weise gedeckt wird.

Vernünftige Energiepolitik

befördert einen Technologiemix, der den gesellschaftlich definierten Anforderungen bestmöglich gerecht und hinsichtlich dieser stetig optimiert wird.

Vernünftige Energiepolitik

befördert gute Lösungen und sorgt gleichzeitig dafür, dass diese guten Lösungen durch bessere Lösungen verdrängt werden können.

Vernünftige Energiepolitik

orientiert sich an folgenden Leitlinien:

1. Energieeffizienz stärker ins Blickfeld nehmen.

Hintergrund: Es gibt keine "grüne" oder "saubere" Energie. Jede Form der Energieerzeugung birgt ökologische Probleme. Die einzige umweltfreundliche Energie ist die, die eingespart wird. Außerdem: Je geringer der Energiebedarf einer Volkswirtschaft, desto leichter ist es, einen bestimmten Anteil dieses Bedarfs aus regenerativen Quellen zu decken. Gegenwärtig liegt Deutschland beim Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung europaweit im Mittelfeld (siehe Abb.1). Diese - gemessen am Anspruch, Maßstäbe setzen zu wollen - bescheidene Platzierung hat mehrere Ursachen. Zum einen betreiben andere Länder eine rationalere Politik und setzen stärker auf nicht volatile Quellen wie Wasserkraft und Biomasse. Zum anderen sind alternative Energiequellen andernorts reichlicher und verlässlicher vorhanden. Ein gewichtiger Faktor ist jedoch auch der hohe Energieverbrauch in Deutschland. In dem Maße, wie es gelingt, diesen zu senken, wird es einfacher (bzw. weniger unrealistisch) die im Rahmen der "Energiewende" postulierten Ziele zu erreichen. Dieser Hebel spielt in der politischen Diskussion eine untergeordnete Rolle: Das Sparen hat keine Lobby.

2. Mindestens europaweit denken.

Hintergrund: Die Bedingungen für die Nutzung alternativer Energiequellen sind von topografischen und klimatischen Bedingungen abhängig, die sich innerhalb Deutschlands deutlich und innerhalb Europas noch wesentlich deutlicher unterscheiden. Diese Unterschiede dürfen wir nicht mit Subventionen nivellieren. Im Gegenteil, diese Unterschiede müssen wir gezielt nutzen, denn sie bergen enorme Potentiale zur Effizienzsteigerung. Wasserkraft aus Norwegen und Solarstrom aus Griechenland sind prinzipiell sinnvoller als Photovoltaik aus Schleswig-Holstein. Anstatt unter enormem Zeitdruck und zu hohen wirtschaftlichen und ökologischen Kosten eine deutsche Insellösung zu forcieren, müssen wir die Energiepolitik dringend europäisch harmonisieren. Dies wohlgedacht auf marktwirtschaftlicher Grundlage, d.h. ohne unseren europäischen Partnern nicht tragfähige Ansätze und die Zwangsgenesung am deutschen Wesen zu oktroyieren.

3. Technologieoffenheit sicherstellen.

Hintergrund: Wesensmerkmal der Innovation ist, dass sie im Vorhinein unbekannt ist. Insofern kann *niemand* mit *der* universellen technischen Lösung aufwarten. Jedoch gibt es eine Vielzahl verschiedener Ansätze, die durch das gegenwärtige Subventionssystem de facto ausgeschlossen werden. Das ist politisch erklärlich (neue oder ganz unbekannte Ansätze haben keine Lobby) aber ökonomisch und ökologisch unverantwortlich.

Die Deutsche Energie-Agentur GmbH fördert alternative Energien und Energieeffizienz. Als halbstaatliche Einrichtung wurde sie von der letzten rot-grünen Bundesregierung eingeführt. Ihr Vorsitzender, Herr Stephan Kohler, ist somit bereits von Amts wegen ein Freund der „erneuerbaren Energien“.

Völlig zu Recht bezeichnet Herr Kohler das EEG als „Wahnsinn“.^{xi}

Durch das Subventionssystem sieht er alternativen technologischen Ansätzen jede Entwicklungsmöglichkeit genommen. Die Seite der DENA bietet einen guten Überblick über prinzipiell bekannte technologische Möglichkeiten der Energieerzeugung jenseits fossiler und atomarer Brennstoffe.

Man kann sich dort unter anderem zu

- Strömungskraftwerken
<http://www.thema-energie.de/energie-erzeugen/erneuerbare-energien/wasserkraft/kraftwerkstypen/stroemungskraftwerke-unterwasser-windenergieanlagen.html>

- Meereskraftwerken
<http://www.thema-energie.de/energie-erzeugen/erneuerbare-energien/wasserkraft/kraftwerkstypen/meeresenergie-nutzen-innovative-energiekonzepte.html>
- Osmosekraftwerken
<http://www.thema-energie.de/energie-erzeugen/erneuerbare-energien/wasserkraft/kraftwerkstypen/meeresenergie-nutzen-innovative-energiekonzepte.html>
- Geothermie
<http://www.thema-energie.de/energie-erzeugen/erneuerbare-energien/geothermie/geothermie.html>
- Solarthermie
<http://www.thema-energie.de/energie-erzeugen/erneuerbare-energien/solarthermische-kraftwerke.html>

seriös informieren.

Vieles des dort Skizzierten klingt nach Zukunftsmusik.

Über die Erfolgsaussichten dieser Ansätze maßen wir uns kein Urteil an. Sicher wird keiner davon die Universallösung für unsere Energieversorgung darstellen. Allen sogenannten erneuerbaren Energien gemein ist die geringe Energiedichte, die zwangsläufig einen hohen Flächenverbrauch bedingt. Für ein dichtbesiedeltes Industrieland hat dies gravierende Implikationen.

Die Punktation verdeutlicht jedoch den grundlegenden Fehler der gegenwärtigen Förderpolitik. Metaphorisch ausgedrückt, lassen wir uns mit „Tschingderassabumm“ beschallen und verschließen damit unsere Ohren vor der Zukunftsmusik. Damit laufen wir große Gefahr, zu überhören, welche Melodien tatsächlich zum Welthit avancieren können.

All diesen und allen weiteren bislang unbekannt technologischen Ansätzen verbaut die gegenwärtige Förderpolitik des EEG faktisch die Realisierungschancen.

Denn sie ist im Grundsatz nicht technologieoffen, sondern technologiespezifisch.

Nicht die Kreativität der Forscher und Tüftler, sondern die von Lobbyisten und Bürokraten ausgekungelten spezifischen Fördersätze bestimmen, welche Technologien eine Chance bekommen und welche vielleicht brillanten Ideen in Schubladen verbleiben.

Um dafür Beispiele zu finden, braucht man nicht ins Visionäre abzuschweifen: Gas- und Dampfkraftwerke, die mit einem thermischen Weltrekord-Wirkungsgrad von 60% arbeiten, werden bereits durch das EEG aus dem Markt gedrängt.

Auch bei der herkömmlichen Kohleverstromung liegen Potenziale brach: Wenn man den thermischen Wirkungsgrad eines Kohlekraftwerks von 38 auf 45% steigert, was durchaus dem Stand der Technik entspricht, dann sinken die Kohlendioxidemissionen um 15%.

Kurzum: indem wir einseitig auf die politisch etablierten „Erneuerbaren“ setzen, verzerren wir die Forschungsanstrengungen und lähmen die technologische Entwicklung. Wir müssen weg von der Mikrosteuerung und hin zur Technologieoffenheit.

4. Fördermittel auf die Forschung konzentrieren.

Hintergrund: Wir müssen knappe staatliche Gelder so einsetzen, dass sie den Einfallsreichtum der Wissenschaftler und den wirtschaftlichen Spürsinn der Unternehmen anspornen und nutzen. Anstatt einige ausgewählte Technologien und Produzenten über Subventionen zu alimentieren, müssen wir die Grundlagenforschung und die Netzwerkbildung zwischen Wissenschaft und Unternehmenswelt bspw. mit Pilotprojekten fördern. Das technologieoffene Energieforschungsprogramm der Bundesregierung geht in die richtige Richtung. Während wir jedoch gegenwärtig mit rund 17 Milliarden Euro pro Jahr das Bestehende und den Betrieb von letztlich untauglichen Technologien alimentieren, ist uns die Suche nach tragfähigen neuen Ansätzen jedoch nur rund ein Zwanzigstel wert. Dieses Missverhältnis müssen wir umkehren.

5. Kohärenz herstellen, sachfremde Aspekte ausblenden.

Erläuterung: Die Nutznießer des gegenwärtigen Subventionssystems haben starkes Interesse daran, naturwissenschaftliche und ökonomische Sachverhalte zu verschleiern. In Umkehrung von Einsteins Maxime „so einfach wie möglich, so kompliziert wie nötig“ werden energiepolitische Fragen entweder unnötig komplex oder unzulässig vereinfacht diskutiert. Tatsächliche Zusammenhänge werden übersehen und Scheinzusammenhänge konstruiert. Unzulässige Vereinfachungen und unsachgemäße Vermischungen führen zu irrationalen Entscheidungen. So ist die Diskussion um das EEG von der Klimaschutzdebatte, der Frage des Atomausstiegs und von Fragen des regionalen Strukturausgleichs geprägt. Das ist irrational:

Zwischen der Frage einer sinnvollen Förderung alternativer Energien in Deutschland und den komplexen und emotionsbeladenen Fragen nach

Existenz, Ausmaß, Wirkungen und Ursachen des (anthropogenen) Klimawandels und der adäquaten Strategie zum Umgang mit diesem

besteht kein Zusammenhang.^{xii}

Das noch stärker emotionsbeladene Thema

„Atomausstieg – ja/nein – wie schnell?“

erschöpft sich in der Beantwortung der Frage^{xiii}

„Neue Kohle- und Gaskraftwerke und mehr (Atom-)stromimporte – ja/nein – in welchem Umfang?“.

Schließlich werden implizit regionalpolitische Ziele verfolgt. So ist Bayern im Länderfinanzausgleich zwar der größte Nettozahler, erhält aber über die EEG-Umlage einen beträchtlichen Nettozufluss, den es massiv verteidigt. Analog bemühen sich andere Bundesländer, das Umverteilungssystem auszuschöpfen. Ein impliziter „Länderfinanzausgleichsausgleich“ steht rationalen Entscheidungen im Wege.

Die deutsche Politik hat sich den Zielen „Klimaschutz“, „Energieversorgung ohne deutsche Kernkraftwerke“, „gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen“ mehr oder weniger fest verschrieben. Zu diesen Zielen haben wir alle unsere Auffassungen – diese tun jedoch nichts zur Sache. Wir plädieren lediglich dafür, ein zentrales Prinzip der ökonomischen Theorie zu beherzigen: **Jedes wirtschaftspolitische Ziel muss mit einem eigenen wirtschaftspolitischen Instrument adressiert werden.** Eine Verletzung dieses Prinzips führt zwangsläufig zur Ineffizienz – diese Erkenntnis geht auf den ersten Nobelpreisträger der Ökonomie^{xiv} zurück.

„Don't try killing two birds with one stone“ sagt man im Englischen. Wer auf zwei Vögel gleichzeitig schießt, verfehlt sie beide. Als Freunde der Natur wünschen wir allen Vögeln ein langes und unbeschwertes Leben. Im übertragenen Sinne ist jedoch klar: Inkohärente und irrationale Politik gefährdet die Grundlagen unseres Wohlstands und zerstört unsere Natur.

Rationale und kohärente Ansätze erfordern, dass

- Ziele stimmig begründet,
- Zielkonflikte offengelegt und minimiert,
- Zielhierarchien definiert und beachtet,
- Ziele und Instrumente einander klar zugeordnet und nicht vermischt werden.

Die gegenwärtige „Energiewende“-Politik erfüllt nicht eine einzige dieser Anforderungen.

III.

Diese Leitlinien beschreiben den Kurs, von dem wir uns nachhaltige Lösungen versprechen.

Nachhaltig ist eine Entwicklung dann, wenn Sie

„den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“ (Brundtland-Kommission, 1987).

Gemäß gängigem Verständnis, zu dem sich alle nennenswerten europäischen Parteien bekennen, verlangt dies die Balance von interdependenten

- sozialen,
- ökologischen,
- und wirtschaftlichen

Zielen.

Nachhaltige Ansätze halten bei der Verfolgung dieser interdependenten Zielen die Balance und werden allen drei Dimensionen gerecht.

Der gegenwärtige Kurs ist nicht nachhaltig.

Er führt zu stetig steigenden Strompreisen, untergräbt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes und gefährdet die Grundlagen unseres materiellen Wohlstands: Die *ökonomische Dimension* der Nachhaltigkeit wird verletzt.

Er bewirkt eine Umverteilung von unten nach oben und verschärft soziale Schieflagen: Die *soziale Dimension* der Nachhaltigkeit wird verletzt.

Er belohnt den Aufbau von Stromerzeugungsanlagen, die zunehmend in ökologisch sensible Bereiche vordringen. Die Natur gerät buchstäblich unter die (Wind-)räder: Die *ökologische Dimension* der Nachhaltigkeit wird verletzt.

Wir fordern daher eine Kurskorrektur und ein Einschwenken auf den Pfad der ökologischen und ökonomischen Vernunft.

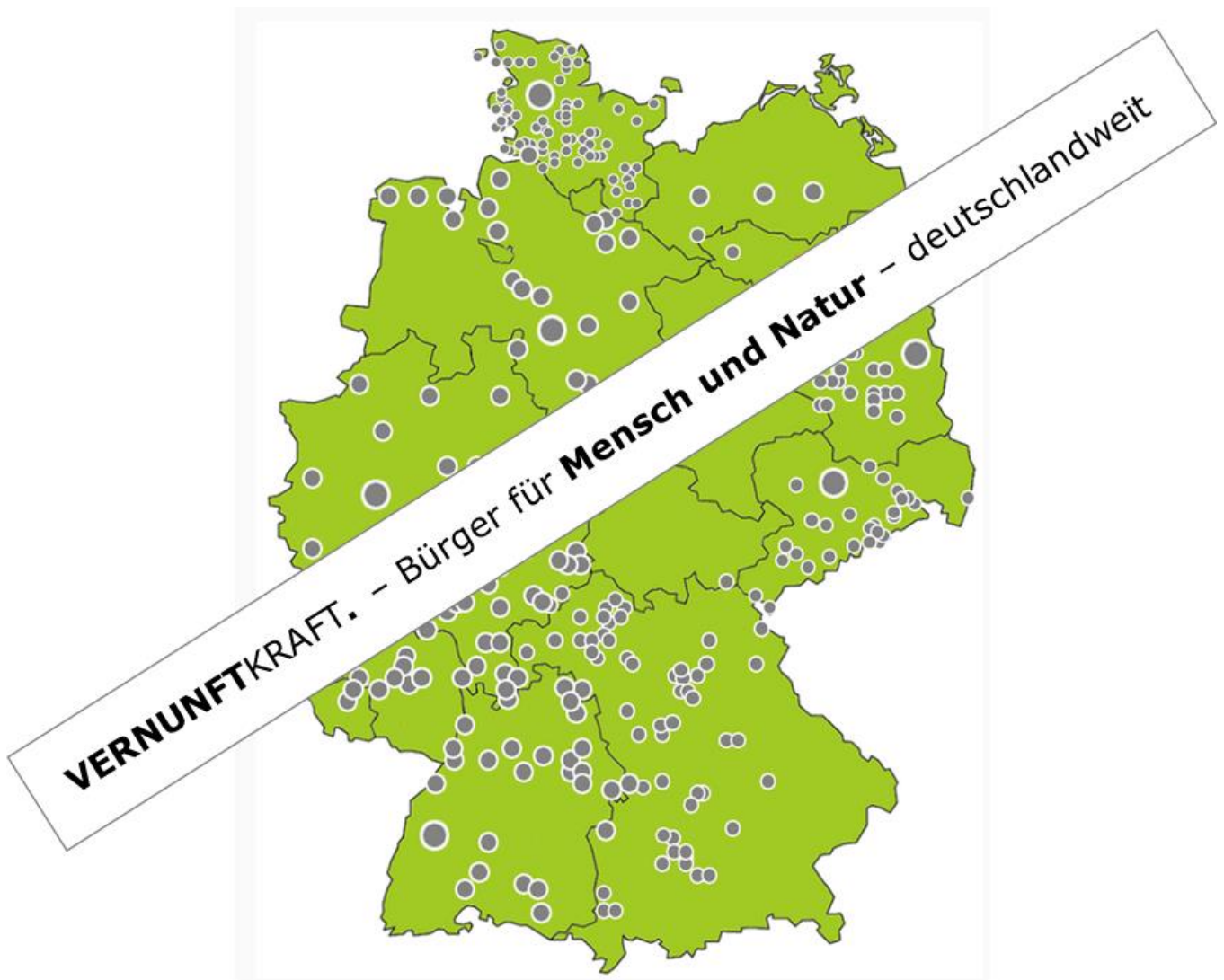
Wer sind wir?

Wir sind finanziell und ideologisch unabhängige Bürger dieses Landes.

Wir sind Partner einer Politik, die einen vernünftigen Schritt nach vorne unternehmen möchte.

Wer diesen Schritt unternimmt, ist für uns unwichtig.

Wichtig ist, dass er rasch getan wird.



Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Dr. Nikolai Ziegler - Kopernikusstraße 9 - 10245 Berlin

Hintergrundinformationen und Quellen

ⁱ Ein solches Risiko stellt der Infraschall dar. Diese Schallwellen im nicht-hörbaren, tiefen Frequenzbereich werden insbesondere durch Windkraftanlagen emittiert. Angesichts der Ausbauziele und der dadurch implizierten flächendeckenden Bebauung unseres Landes mit Infrashallemittenten (siehe Endnote vi) wären Vorsicht und Besonnenheit geboten: Im Juni 2014 bestätigte das Bundesumweltamt die Gesundheitsgefährdung durch Infraschalls und diagnostizierte erheblichen Forschungsbedarf. Mehr unter:

http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_40_2014_machbarkeitsstudie_zu_wirkungen_von_infraschall.pdf

Bestehende Lärmschutzvorschriften werden diesen Risiken auf keinen Fall gerecht, denn sie stellen auf die falschen Kriterien ab. Auch auf diesen Standards beruhende Abstandsregeln gehen am Problem vorbei. Anstatt zunächst die Gefahren und adäquate Remeduren zu erforschen wird einfach weiter gebaut. Die Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung wird billigend in Kauf genommen.

ⁱⁱ Die Expertenkommission Forschung und Innovation sprach dem EEG am 26. Februar 2014 jede Daseinsberechtigung ab. Das Subventionsgesetz bringe nichts für den Klimaschutz und lähme den technischen Fortschritt. Mehr unter: <http://www.vernunftkraft.de/gutachten-gebietet-gutes-absurdes-abzuschaffen-alternativlos/>

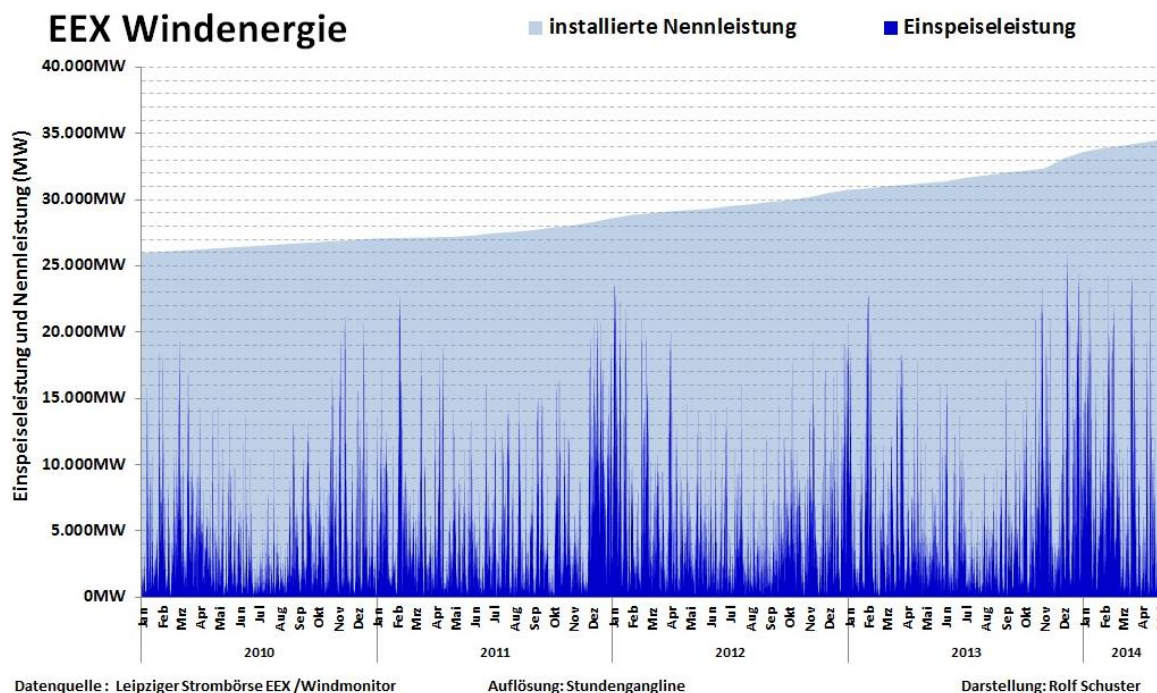
ⁱⁱⁱ Das erste Zitat stammt von Herrn Claus Schmiedel, Fraktionsvorsitzender der SPD Baden-Württembergs. Das zweite geht auf Herrn Lars Winter vom Witzenhäuser Marktspiegel zurück.

^{iv} Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2012/13, S. 261. http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/ga201213/ga12_v.pdf

^v Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2013/14, S. 232 ff. http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg201314/dokumente/JG13_X.pdf

^{vi} Eine einfache Dreisatzrechnung zeigt, wohin die Reise geht: Selbst wenn das perfekte Stromnetz bereits existierte und das als vielversprechendste Speichertechnologie gehandelte „power-to-gas“ – Verfahren bereits flächendeckend eingesetzt werden könnte, so wäre von Flensburg bis nach Berchtesgaden und **von Aachen bis Görlitz alle 7,3 km ein Windpark à 10 Anlagen** zu errichten, wollte man auch **nur ein Viertel des gegenwärtigen Strombedarfs unseres Landes mit Windkraft** decken. Ganz abgesehen von den horrenden Kosten, die die dazu benötigte Infrastruktur mit sich brächte, wären die ökologischen Implikationen verheerend. Unter <http://www.vernunftkraft.de/dreisatz/> ist dies nachzurechnen.

^{vii} Für die Versorgungssicherheit und die Stabilität der Stromnetze ist es zwingend erforderlich, eine konstante Spannung aufrechtzuerhalten. Diese sogenannte Grundlast muss rund um die Uhr gedeckt sein. Der von Windkraftanlagen erzeugte Strom ist nicht grundlastfähig, d.h. er fällt nach dem Zufallsprinzip an und kann keine Versorgungssicherheit bieten. Der in Kernkraftwerken erzeugte Strom ist grundlastfähig und schafft Versorgungssicherheit. Nicht-grundlastfähiger Strom kann grundlastfähigen nicht ersetzen. Die Lastganglinie aller deutschen Windkraftanlagen belegt die Zusammenhänge:



Installierte Leistung versus tatsächliche Einspeisung, Darstellung durch Rolf Schuster. Daten: EEX.

Aufgrund der statistischen Korrelation der Einspeisung werden auch noch mehr Anlagen daran nichts ändern. Solange es keine Speichermöglichkeit gibt, ist Windkraftstrom nicht grundlastfähig somit prinzipiell nicht in der Lage, Strom aus Kernkraftwerken zu ersetzen. Der Ausstieg aus der Kernenergie kann nur durch Einsparung, Mehrerzeugung aus konventionellen Kraftwerken im Inland (Kohle, Gas) oder Importe (Kohle, Gas, Kernkraft) kompensiert werden.

Doch selbst wenn man die qualitativen Unterschiede zwischen Kernkraft- und Windstrom außen vor lässt, so ist der Ersatz von Kernkraft durch Windkraft schon aufgrund der **quantitativen Dimensionen** praktisch unmöglich: Ein typisches deutsches Kernkraftwerk hat eine Nennleistung von 1.300 MW. Eine typische deutsche Windkraftanlage hat einen Nennwert von 3 MW. Erstere kommt üblicherweise auf 7.700 Volllaststunden, letztere üblicherweise auf 1.550 Volllaststunden. Die von beiden Anlagen in einem Jahr erzeugten Strommengen entsprechen also dem Verhältnis Zweitausendeinhundertundzweiundfünfzig zu eins.

In der Realität bewirkt die deutsche „Energiewende“ - Politik die Renaissance alter Kernkraftwerke im Ausland. Im April 2014 hat die Bundesnetzagentur dies bestätigt: Das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld kann nur deshalb abgeschaltet werden, weil im Erdbebengebiet auf der französischen Seite des Rheins noch das älteste und schwächste Kernkraftwerk Frankreichs, Fessenheim bereit steht, einen deutschen Blackout abzuwenden. Siehe dazu: <http://www.welt.de/wirtschaft/energie/article126747871/Uralt-Reaktor-soll-deutschen-Blackout-verhindern.html>

viii Der aktuelle technische Stand in Sachen Speichermöglichkeiten ist unter <http://www.vernunftkraft.de/speicherung/> dargelegt.

ix Die technisch-ökonomischen Mechanismen, die zum erhöhten Braunkohleverbrauch führen sind unter <http://www.vernunftkraft.de/oekostrom-bringt-braunkohlebaqger-auf-touren/> erläutert.

x Die gemeinhin unterstellt Klimaschutzwirkung der „Energiewende“ und insbesondere Windkraftausbaus fußt auf der kruden Vorstellung, dass damit der CO₂-Ausstoß reduziert und der sogenannte Treibhauseffekt reduziert würde. Dazu muss man folgende Fakten berücksichtigen:

1. Deutschland trägt zu den globalen CO₂-Emissionen ungefähr 2,5 % bei.

Egal, welche Politik in Deutschland betrieben wird, wird dieser Anteil bis 2030 auf deutlich unter 2% sinken. Deshalb, weil allein die Zuwächse in China und Indien unsere Gesamtemission deutlich übertreffen. Was in Deutschland an CO₂ emittiert wird (Gesamtemissionen), entspricht der Menge, die in China alle 14 Monate neu hinzukommt. Wenn Deutschland morgen aufhörte zu existieren, wäre dies in der globalen CO₂-Bilanz allein durch China nach einem guten Jahr bereits vollständig ausgeglichen. Schon aufgrund dieser Dimensionen ist es völlig ausgeschlossen, dass man von deutschem Boden aus einen Einfluss auf das Weltklima entfalten kann.

2. Wenn man sich von einem klaren Blick auf die nüchtern Zahlen nicht irritieren lassen möchte, und dennoch einen Effekt unterstellt...

...so kann die Windkraft trotzdem keinen Klimaschutz-Beitrag leisten. Denn sie wirkt allein im Stromsektor. Dieser macht aber nur ein knappes Viertel des gesamten Energieverbrauchs aus. Die „großen Brocken“ Verkehr und Wärme werden nicht berührt. Dem Klima ist es jedoch egal, ob ein CO₂-Molekül aus dem Auspuff eines PKW, dem Kamin eines Kachelofens oder dem Schornstein eines Kraftwerks kommt. Der gesamte Energieverbrauch ist maßgeblich. Zu diesem tragen alle Windkraftanlagen zusammen nur 1,3 % bei. Es geht also um 1,3 % von 2,5 %, also von **0,0325 Prozent der globalen Emissionen, die unter theoretischen Idealbedingungen** überhaupt durch die Windkraftanlagen beeinflusst werden können.

3. Wem die Aussicht auf Beeinflussung von 0,0352 Prozent der globalen CO₂-Emissionen jedes Opfer wert ist, der muss dennoch konstatieren, dass selbst diese Aussicht trügerisch ist.

De Facto führt der Windkraftausbau zu überhaupt keiner CO₂-Einsparung. Die theoretischen Idealbedingungen sind nämlich nicht erfüllt. Da Windkraftanlagen nicht grundlastfähig sind (siehe oben, Kritikpunkt 1), müssen stets andere Kraftwerke im Hintergrund bereitgehalten werden. Diese werden in den Stop-&-Go-Betrieb gezwungen und arbeiten dadurch unwirtschaftlich. Sie verbrauchen mehr Brennstoff (Kohle, Gas), als sie müssten. Außerdem drängt der Windstrom die vergleichsweise CO₂-armen Gaskraftwerke aus dem Markt und fördert indirekt den Braunkohleeinsatz. **Im Ergebnis steigt der CO₂-Ausstoß.**

4. Wer vor diesen empirischen Tatsachen die Augen verschließt oder diese als Übergangserscheinungen abtut, muss zumindest die Existenz des Europäischen Emissionshandelssystems zur Kenntnis nehmen.

Dieses legt die Gesamtemissionen für alle EU Staaten insgesamt verbindlich fest – alle potentiellen Emittenten der großen, energetisch relevanten Industriezweige müssen innerhalb dieses gedeckelten Kontingents Emissionsrechte ("Zertifikate") erwerben. Energieerzeugungsunternehmen sind vollständig erfasst und müssen für jedes emittierte Gramm CO₂ ein entsprechendes Zertifikat nachweisen. Diese Zertifikate werden an Börsen oder zwischen den Anlagenbetreibern frei gehandelt, wobei das Kontingent sukzessive verkleinert wird. Das System stellt im Prinzip sicher, dass das CO₂ - Reduktionsziel eingehalten wird und Emissionen an den Stellen eingespart werden, wo dies am kostengünstigsten möglich ist.

Eventuelle Einsparungen im deutschen Stromsektor führen dazu, dass im deutschen Stromsektor weniger Zertifikate benötigt werden, der Zertifikatspreis also sinkt. Damit wird es für Unternehmen in anderen Sektoren und Regionen weniger lukrativ, in Emissionsvermeidung zu investieren. Plakativ ausgedrückt: in ost-europäischen Kohlekraftwerken werden im Zweifel keine zusätzlichen Filter mehr eingebaut, da die Ersparnis bei den Zertifikaten die Investition nicht mehr rechtfertigt. Aber auch in anderen Industriezweigen innerhalb Deutschlands verändert ein reduzierter Zertifikatspreis das Investitionskalkül.

Man kann es drehen wie man will – am Ende bestimmt allein das EU-weit festgelegte Kontingent an Zertifikaten, wie viel CO₂ in Europa emittiert wird. Eine –ohnehin nur fiktive – CO₂-Reduktion durch Windkraftanlagen in Deutschland ist definitiv ohne Effekt auf die globalen Emissionen.

Geradezu zynisch wird die Windkraftansiedlung im Wald unter dem Deckmantel „Klimaschutz“, wenn man sich vergegenwärtigt, dass unsere Wälder pro Jahr und Hektar rund 10 Tonnen CO₂ speichern. Wälder nehmen nicht am Emissionshandel teil – ihre Leistungen werden nicht kompensiert. Pro Windkraftanlage wird mindestens ein Hektar Wald vernichtet und dauerhaft ökologisch entwertet. Eventuelle Aufforstungen können das nicht mal ansatzweise ausgleichen, da alte Bäume in jeder Hinsicht ungleich wertvoller als Neuanpflanzungen sind.

Wenn man den Klimawandel ernst nimmt, muss man ihn mit geeigneten Mitteln angehen. Dazu gibt es viele sinnvolle Ansätze. Alle laufen darauf hinaus, anderen Ländern zu helfen, ihre Emissionen zu senken und effizienter zu werden. Das entspricht deutscher Ingenieurskunst und schafft dauerhafte Exporterfolge und Arbeitsplätze. Wenn man dennoch unbedingt in Deutschland etwas tun möchte, dann sollte dies beim Einsparen ansetzen und den gesamten Energieverbrauch –nicht nur den Strom- erfassen.

Der Vollständigkeit halber ist zum Themenkomplex „Klimawandel/Klimaschutz/Windkraft“ noch darauf hinzuweisen, dass die für Deutschland prognostizierten negativen Effekte einer globalen Erwärmung im Wesentlichen in häufigeren Überschwemmungen und häufigeren Dürreperioden bestehen. Ursprünglicher Wald bietet den besten Erosionsschutz. Waldboden reinigt und speichert Wasser. Pro Windkraftanlage wird mindestens 1ha Wald vernichtet. Eine riesige Grube wird ausgehoben und mit rund 3000 Tonnen extrem dichtem Stahlbeton gefüllt.

^{xi} Interview im SPIEGEL vom 20.11. 2012. Siehe auch <http://www.vernunftekraft.de/dena-chef-eeg-ist-einfach-wahnsinn/>

^{xii} Siehe Endnote IX.

^{xiii} Siehe Endnote VI.

^{xiv} Der Grundsatz ist als „Tinbergen-Theorem“ bekannt. Mehr zu Jan Tinbergen finden Sie unter <http://www.wiwo.de/politik/konjunktur/oekonomie-nobelpreis-manager-boni-eine-40-jahre-alte-debatte/5579146.html>